

Presseerklärung zum interkommunalen, interfraktionellen Gespräch zum Interkommunalen Gewerbegebiet (nördlich und südlich der A44) am 6. August 2020 in Meerbusch

Die FDP-Fraktion wird in der Ratssitzung am 20. August die von den Stadtverwaltungen Meerbusch und Krefeld vorgeschlagenen Beschlüsse unterstützen, "um das gemeinsame Gewerbegebiet entlang der BAB44 endlich auf den Weg zu bringen". Eine entsprechende Beratung steht in Meerbusch Anfang September an.

"Die Verwaltungen brauchen jetzt Arbeitsaufträge für den landesplanerischen Vertrag, das Trägermodell, die Vermarktung, den Grunderwerb und die Bauleitplanung. Die wollen und werden wir ihnen gerne erteilen", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

"Der landesplanerische Vertrag ist dringlich, um die insgesamt 81 ha zu sichern und muss noch in diesem Sommer in trockene Tücher gebracht werden. Ein kleineres Gebiet macht jedenfalls regionalpolitisch wenig Sinn und hätte auch geringere Aussichten auf eine Landesförderung."

Die FDP erwartet am 20. August im Krefelder Stadtrat eine "deutliche Mehrheit auch als Signal an die Partnerstadt".

"Denn Krefeld hat zweifelsohne ein noch größeres Interesse als Meerbusch, zusätzliche Gewerbeflächen auszuweisen, um als Standort für ansiedlungs- und umsiedlungsinteressierte Unternehmen in Frage zu kommen. In diesem Zusammenhang muss auch an die hohe Arbeitslosigkeit von fast 12 Prozent in unserer Stadt erinnert werden."